

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

27. Sitzung vom 2. April.

12 Uhr. Am Tische des Bundesrathes: Hofmann, Kamele, Herzog u. A. Das Mandat des Abg. v. Gieseler ist durch seine Ernennung zum Oberverwaltungsgerichtsrath erledigt.

Eingegangen sind 1) der Bericht der Reichsschuldencommission über die Verwaltung des Schuldenwesens des Norddeutschen Bundes resp. des Deutschen Reichs, des Reichs-Invaliden, des Festungsbaus, des Fonds zur Errichtung des Reichsgebäudes, über den Reichstagskriegschatz und über die An- und Ausfertigung, Einziehung und Vernichtung der Reichsbanknoten; 2) eine Denkschrift über die Ausführung der Anleihegesetze der Jahre 1875 bis 1877 für Zwecke der Marine, Post und Telegraphie, für den Bau der Eisenbahn von Kettwig bis zur Saarbahn und zur Erweiterung zweier Grundstücke in Berlin für das Reich.

Ein Schreiben des Reichsfinanzministers betr. die Ermächtigung zur kraftrechtlichen Verfolgung der für eine in Nr. 37 der „Bremer freien Presse“ enthaltenen Beleidigung des Reichstags verantwortlichen Personen wird an die Geschäftsordnungscommission verwiesen.

Zur ersten Beratung steht heute das Anleihegesetz, das die Aufnahme von 15,120,000 M. für den Bau von Eisenbahnen in Lothringen verlangt: von Chateau-Salins nach Saarlouis, von Dillingen nach Bessingen und von Carlingen nach Hargarten; ferner zum Bau einer Verbindungsbahn zwischen den Linien Bismarck-Saargemünd, sowie Zweibrücken-Saargemünd einer- und Saargemünd-Saarlouis andererseits und für die Erweiterung der Zwischenstationen auf den Strecken Saargemünd-Saarlouis und Saargemünd-Bessingen. Im Etatsjahr 1878/79 sollen 6 Millionen, 1879/80 9,120,000 M. verausgabt werden.

Unterstaats-Secretär Herzog: Es sind hauptsächlich militärische Gründe, welche für die in Aussicht genommenen drei Eisenbahnen sprechen, sodann politisch-bürgerliche; es gilt, dem südwestlichen Theil Lothringens, der gegenwärtig einer Verbindung mit dem deutschen Eisenbahnnetz völlig entbehrt, eine solche zu verschaffen, und dem Uebelstande abzuhelfen, daß der Hauptverkehr über Nancy geht. Außerdem gilt es, den Uebelstand zu beseitigen, daß auf deutschem Boden eine französische Gesellschaft, die der französischen Eisenbahn, ihren Einfluß ausübt; denn daß unter den heutigen Verhältnissen die Geschäftsinteressen Lothringens meist nach Nancy gravitiren, ist nicht zu leugnen. Dies ist aber für die Reichsinteressen durchaus nicht wünschenswerth. Obgleich das Project in Lothringen selbst nicht auf besondere Sympathien stoßen mag, läßt sich doch nicht verkennen, daß die zu gründenden Bahnen auch für den Localverkehr besondere Bedeutung haben, denn es gilt, einen fruchtbareren Landstrich dem Verkehr zu erschließen. Es steht zu erwarten, daß die neuen Bahnen einen guten Reinertrag liefern werden. Ich möchte den Reichstag dringend bitten, die Vorlage, die einem immer schärferen Nothstand abhilft, nach sorgfältiger Prüfung anzunehmen.

Abg. Gerber (Elsass): Ich trete mit Widerstreben an die Vorlage heran, weil wir erst jüngst bei der Ummantelung von Straßburg die traurige Erfahrung gemacht haben, daß dadurch der Stadt große Kosten erwachsen, obgleich Graf Moltke hier im Reichstage versichert, daß es sich hierbei hauptsächlich um südliche Interessen handle. Auch die gegenwärtige Vorlage, die doch wesentlich nur den Zweck hat, den eisernen Gürtel, mit dem sich Deutschland umgeben, zu verstärken, wird die Landeskasse von Lothringen stark in Mitleidenschaft ziehen. Nach Artikel 16 des Frankfurter Friedens hat aber Deutschland alle die Verpflichtungen, die Frankreich nach der Eisenbahn-Convention zuzustehen, übernommen, und das Reich muß hier um so mehr allein eintreten, als in den Rollen die politischen Interessen der Vorlage 5 Mal und die militärischen 8 Mal betont werden. Und es handelt sich hier auch ausschließlich um militärische Interessen; man will Nancy isoliren und dann die nöthigen Verbindungen schaffen, um aus dem Herzen Deutschlands heraus große Heereskörper an die französischen Grenze werfen zu können. Den Localinteressen kann keine Rede sein, denn wollte man diese wahren, so hätte man nach dem Urtheil des Landes ganz andere Linien in Aussicht nehmen müssen. Jedenfalls wird das Project nicht dazu beitragen, die Unzufriedenheit im Lande zu beseitigen, da man allgemein überzeugt ist, daß ihm dadurch nur neue Kosten erwachsen, ohne ein Aequivalent.

Abg. Hammer: Der Abg. Gerber kämpft effectiv gegen Windmühlen, das Alpha und Omega aller seiner Ausführungen war, als ob es sich darum handelte, Eisenbahnen aufzuführen, zu deren Herstellungskosten die Kasse von Elsass-Lothringen beizutragen habe; es steht davon in der Vorlage kein Wort. Die Behauptung, daß die Reichsregierung in früheren Jahren widerrechtlich 500,000 Mark in Elsass-Lothringen verwendet habe, ist mir absolut neu, aber das weiß ich, daß seit der Einverleibung Elsass-Lothringens in Deutschland aus Reichsmitteln 100 Mill. M. für die reichslandständischen Bahnen angewendet worden sind. Ich habe von dem Abg. Gerber keine sehr sympathische Stellung zu dieser Vorlage erwartet, aber das müssen wir doch von uns weisen, daß er den mit dieser Vorlage in gar keinem sachlichen Zusammenhang stehenden Contract der Stadt Straßburg wegen der Eigentums-Übernahme der ehemaligen Festungsgründe als Motiv in diese Debatte hineinzieht. Der Abg. Gerber hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die wichtigste der hier geforderten Bahnen, die von Chateau-Salins nach Saarlouis den südwestlichen Theil Lothringens wirtschaftlich mit Deutschland verbinden soll. Das ist aber eine Deutschlands würdige politische Aufgabe. Denn dadurch, daß jetzt die Bewohner dieses Landes theils nach Elsass und Straßburg nicht per Bahn erreichen können, ohne französisches Gebiet zu passieren, müssen ihre Interessen fortwährend nach Frankreich gravitiren. Diesem Zustand müssen wir im Reichs-Interesse ein Ende machen und jedes Mitglied dieses Hauses mußte das anerkennen. Wir werden deshalb aus politischen und militärischen Gründen diese Bahnen bewilligen.

Der Abg. Gerber meint, daß man in Elsass-Lothringen dem Bau der Bahnen sehr kühl gegenüberstehe. Ich kann das durch Briefe und Petitionen urkundlich widerlegen. Zu diesen Bahnen soll die Landeskasse von Elsass-Lothringen auch nicht eine Mark beitragen, aber möglicherweise ist der Abg. Gerber wirtschaftlich so weit, daß er meint, es sei überhaupt ungerecht, zu Bahnen, welche dem öffentlichen Interesse dienen, die Localinteressen zu Beiträgen heranzuziehen. Unter dem französischen Regime ist man aber nicht nach diesen Ansichten des Abg. Gerber verfahren. So hat die französische Eisenbahngesellschaft seiner Zeit zum Bau der Niederbronn-Bahn vom Staate eine Subvention von 20,410,000 Frs. und vom Moseldépartement eine solche in Höhe von 1,200,000 Frs. erhalten. Alles in Allem bin ich der Meinung, daß es sich hier eben so sehr um Bahnen handelt, die dem politischen und militärischen, wie dem wirtschaftlichen Interesse Genüge thun sollen. Es wird rathsam sein, die Vorlage der Budgetcommission zur schleunigen Berichterstattung zu überweisen, damit wir uns den Dant unserer reichslandständischen Landesleute erwerben. (Beifall links.)

Abg. Berger: Während der zwanzig Sessionen, seit welchen ich Mitglied im Parlament bin, ist es mir noch nicht vorgekommen, daß ein Abgeordneter eines Landes theils, in welchem der Staat eine Eisenbahn bauen will, sich dem gegenüber so verhalten hat wie der Abg. Gerber. Aehnlich verhält es sich mit seinem Urtheil über die Erweiterung des Straßburger Festungsbereichs. Wenn die Regierung die Güte hätte, allen deutschen Festungsplätzen, insbesondere der Stadt Köln, so billige Bedingungen zu stellen, wie der Stadt Straßburg, so würden sie sehr zu freuen und dankbar sein. Wir hat ein angegebener Lothringer erklärt, daß in Eisenbahn-Angelegenheiten die dortige Bevölkerung von der deutschen Regierung vollkommen verzoogen werde, man habe ihr alle möglichen Bahnen, ohne sie zur Beileger heranzuziehen. Das gilt auch für diese Vorlage, und ich mache der Regierung einen Vorwurf daraus, daß sie die Localinteressen nicht auch zu den Leistungen herangezogen hat, so vorwiegend die militärischen Interessen immerhin obwalten mögen. Der Abg. Gerber hat unter Hinweis auf den Frankfurter Frieden gesagt, daß das Reich alle Verpflichtungen der französischen Regierung bezüglich der Eisenbahnen übernommen habe. Dagegen bemerke ich, daß die französische Regierung dort gar keine Eisenbahnen baute; nur die Eisenbahngesellschaft hatte dort Bahnen, und der Abg. Gerber mußte erst nachweisen, daß diese die von ihm behaupteten Verpflichtungen

hatte. In Elsass-Lothringen sind nicht weniger als 11 Bahnen, welche jährlich Zuschüsse erhalten; auf diese Bahnen legt man dort großen Werth und man würde es der Regierung sehr verübeln, wenn die Zuschüsse ausblieben. Was die Kosten der projectirten Bahnen betrifft, so erscheint mir der in Aussicht genommene Betrag von 200,000 M. pro Kilometer, also von 1½ Millionen Thalern für die Meile bei den gegenwärtigen Verhältnissen sehr hoch gegriffen, namentlich da es sich um in Ober- und Unterbau eingetragene Bahnen handelt. Es dürfte möglich sein, den Herstellungspreis entsprechend zu reduciren. Ich schließe mich dem Antrage an, die Vorlage zur eingehenden Beratung der Budgetcommission zu überweisen.

Abg. North (Autonomist): Nach Briefen und Unterhaltungen mit Mitgliedern des Landesausschusses zu urtheilen, legt die Bevölkerung von Lothringen viel mehr Werth auf den Bau von Eisenbahnen, als der Abg. Gerber hier zugestanden hat. Bezirksräthe wie Landesausschüsse haben sich seit Jahren mit der Eisenbahnfrage beschäftigt und ich werde den Beschluß des letzteren später mittheilen. Mit Recht sollen die drei vorliegenden Projekte aus Reichsmitteln ausgeführt werden, denn sie vervollständigen das bestehende Netz, das Reich gewinnt dadurch den Verkehr mit Chateau-Salins, einen besseren mit Dillingen und den Verkehr, der aus Frankreich kommt. Höchst wahrscheinlich wird es aus diesen Bahnen einen Einnahmehüberschuß erzielen. So bedauern wir nur, daß nicht auch die vierte Bahn, die von Carlingen nach Dillingen in Angriff genommen wird, für welche die Eisenbahn schon im Jahre 1863 eine Concession von der französischen Regierung erhalten hatte; bis 1871 sollte sie fertig gestellt sein. In Folge der Abtretung der Bahnen an das Deutsche Reich ist diese Bahn bis jetzt noch nicht gebaut worden. Der Bezirksrath von Lothringen hat sich mit verschiedenen Beschlüssen zuerst an das Reich, als den Rechtsnachfolger der französischen Eisenbahn, später an den Landesausschuß mit der Auffassung gewendet, daß das Reich als der Rechtsnachfolger der französischen Eisenbahn sei. Das ist nicht richtig; denn die französische Regierung hat die verschiedenen Concessionen zurückgenommen und die elsass-lothringischen Bahnen frei an das Deutsche Reich abgetreten. Es war aber ebenso unrichtig, Elsass-Lothringen als Nachfolger in dieser Hinsicht in die Verpflichtungen der französischen Regierung einzuführen; denn die französische Regierung hat durch die Zurücknahme der Concessionen ein Staatsrecht ausgeübt, so daß sie in den Händen der französischen Regierung erloschen sind und also nicht durch den Friedensvertrag auf Elsass-Lothringen übertragen werden konnten.

Der Landesausschuß hat diese Frage schon 1876 discutirt, und 1877 hat man sogar eine Subvention für eine Localbahn von Birmen nach Hagenau beantragt, die von der Bezirksverwaltung von Unterelsaß gebaut werden sollte und deren Kosten sich auf 2,813,000 M. belaufen. Diese Bahn wird nicht nur an das deutsche Reich abgetreten, sondern Elsass-Lothringen tritt auch noch ab 13 Kilometer seiner Bahn von Saarlouis nach Saargemünd, welche auch dem Bezirke Unterelsaß gehörte. Sie sehen also, daß Elsass-Lothringen auch Opfer bringt für den Bau von Bahnen und sein Geld nicht spart, wenn sein Interesse ins Spiel kommt. Bei dieser Frage haben Oberlothring und Lothringen ihre Ansprüche geltend gemacht. Oberlothring hat nämlich ebenfalls noch eine Straße, die auch früher an die Eisenbahn concessionirt war, von Gebweiler nach Belfort durch Altmünster zu bauen übernommen. Der Landesausschuß hat eine Summe von 600,000 M. in den Etat eingestellt, wovon 200,000 M. Subvention an jede der drei Bahnen gezahlt werden sollen. Ich hätte außer den heute geforderten Bahnen auch noch die von Carlingen nach Dillingen zu wünschen und bin überzeugt, daß der Landesausschuß seinen Beitrag im Verhältnis zu den Landesinteressen geben wird. Elsass-Lothringen hat unter französischem Regime die erste Bicalbahn von Straßburg nach Barr, Bessingen und Mülhausen aus eigener Initiative mit den Mitteln der Localinteressen gebaut. Erst auf Grund dieser Erfahrungen hat Frankreich ein Gesetz über die Bicalbahnen gemacht. Auch jetzt wird Elsass-Lothringen nicht Engländer sein, wie der Abgeordnete Gerber meinte, sondern wird jede Ausgabe, die im allgemeinen Interesse des Landes liegt, bewilligen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Gerber: Ich habe mich dagegen ausgesprochen, daß man unter dem Vorwande localer Interessen, Reichsinteressen auf Kosten der Landeskasse wahrnehmen will. In gleicher Weise verfuhr man damals, als man der Stadt Straßburg das durch die Festungserweiterung frei werdende Terrain verkaufte, wobei man mit einem, nicht von der Stadt gewählten Vertreter verhandelte und das Terrain zu ungeheuren Preisen der Stadt abgetrieben wurde. Ich spreche mich nicht gegen den Bau der Eisenbahnen aus, wohl aber dagegen, daß die Landeskasse von Elsass-Lothringen mit 4½ Millionen beisteuern soll. Gerade durch die Nichtbewilligung dieses Zuschusses glaube ich die Interessen der Reichslande richtig zu vertreten, weil ich nicht will, daß das Land mit Schulden belastet wird. Wenn man bei jeder Gelegenheit in die Kasse des Landes greift, schädigt man die Interessen desselben.

Abg. Knapp: Ich will gegen die Vorlage keine Bedenken erheben, nicht einmal die, welche vom Standpunkte der süddeutschen Staaten und Eisenbahnverwaltungen gegen die immer reichere Ausstattung der Reichslande, dieses ungezogenen oder vielmehr undankbaren Kindes des Reichs, mit Eisenbahnen erhoben werden könnten. Ich beschränke mich darauf, dem Antrag auf Ueberweisung an eine Commission beizutreten, wobei es vielleicht zweckmäßig ist, nicht die Budgetcommission, sondern die für das Post- und Telegraphenwesen mit der Beratung zu betrauen.

Persönlich bemerkt Gerber: Wenn sich die Bemerkung des Vorredners von den ungezogenen Kindern auf die Elässer bezogen hat, so erwidere ich ihm, daß es Ungezogene in allen Parteien und allen Ländern giebt.

Abg. Knapp: Ich will nur konstatiren, daß ich das Wort „ungezogen“ durch einen lapsus linguae an Stelle des Wortes „verzogen“ gebraucht habe. Demnach wird die Vorlage an die Budgetcommission überwiesen.

Es folgt die erste und zweite Beratung des Gesetzesentwurfs, betreffend die Beglaubigung öffentlicher Urkunden. Abg. Fortel erkennt die Zweckmäßigkeit der Vorlage an, bemerkt jedoch, daß die Motive mit Unrecht annehmen, in Sachen-Coburg-Gotha bestünde ein Legalisirungsbedarf für Proceßvollmachten, welche außerhalb des Staatsgebietes ausgestellt sind. Die betreffende gesetzliche Bestimmung, welche zudem nur eine Beglaubigung verlangt habe, sei seit zehn Jahren außer Geltung; und seitdem die Verfassung ein allgemeines Indigenat eingeführt, werde von keinem Deutschen mehr in Coburg-Gotha eine beglaubigte Vollmacht verlangt.

Das Haus erledigt dann eine Reihe von Titeln (im Ganzen 121) des Extraordinariums des Militäretats. Insgesamt werden zu einmaligen Ausgaben 17,561,249 M. gefordert. Die Budgetcommission beantragt an 14 Punkten Streichung im Betrage von zusammen 3,523,015 M.; außerdem wird an zwei Stellen eine Herabminderung der Forderungen um zusammen 199,500 M. vorgeschlagen. Das Haus geht ohne erhebliche Debatte auf alle diese Anträge der Budgetcommission ein; doch geben einzelne Titel Veranlassung zu kurzen Bemerkungen. — Bei dem Titel: 300,000 M. als erste Rate für Kasernenbauten in Mainz weist Abg. Schröder (Friedberg) auf die schlechten Kasernenverhältnisse in Mainz hin, welche den Gesundheitszustand der Stadt erheblich schädigten, indem sie den Ausbruch von Epidemien begünstigten und dann nach der erfolgten Dislocation der betroffenen Truppentheile in die benachbarten Landgemeinden, auch die Inficirung der letzteren verurfachten. Er fragt, ob die Regierung diesen Verhältnissen genügende Aufmerksamkeit schenke.

Kriegsminister v. Kamele erwidert, daß die Militärverwaltung bestrebt sei, die Einquartierungslast den Bürgern möglichst abzunehmen, wie das auch aus dem im vorigen Jahre vorgelegten Kasernungsplan hervorgehe. Was die Dislocation der Truppen bei Epidemien von Mainz nach den Landgemeinden angehe, so habe man in derartigen Fällen überall zu gleichen Maßnahmen gegriffen, es sei aber nirgends eine nachtheilige Folge hervorgetreten.

Die Forderung für den Bau von Arresthäusern in Posen, Rastatt und Spandau findet Abg. v. Schalkha viel zu hoch; in Festungen sei doch der Baugrund billiger, also lasse sich ein Grund für die enorme Höhe der Summe nicht finden.

Bundescommissar Major Fund bemerkt, daß die Baupläne in Festungen nicht billiger, sondern theurer seien, als in anderen Städten; außerdem handle es sich nicht bloß um Arresthäuser, sondern auch um Gerichtslocalitäten und Verhörzimmer.

Referent Hammer bemerkt, daß die Commission in Anbetracht der Dringlichkeit des Bedürfnisses davon habe absehen müssen, auf der Vorlage der Baupläne zu bestehen, obgleich es bedenklich sei, erste Raten ohne genaue Kenntniß der Pläne und Anschläge zu bewilligen. Die diesmalige Provis solle aber für die Zukunft nicht präjudicirlich sein.

Die in Aussicht genommenen Gesamtkosten eines Casernements für eine Escadron des 2. Garde-Regiments in Berlin, für welches 50,000 M. als erste Rate gefordert werden, im Gesamtbetrag von 478,000 M., geben dem Abg. v. Schalkha wiederum Veranlassung, über die Höhe des Anschlages zu fragen. Wenn man 1200 M. als Beitrag der Casernierungskosten für einen Mann annimmt, so würden für eine Escadron von 150 Mann 180,000 M., oder mit einem Zuschlag von 33 pCt. der Berliner Verhältnisse wegen, 240,000 M. erforderlich sein, während hier fast das Doppelte verlangt wird.

Bundesrathsbevollmächtigter Generalleutnant v. Voigts-Rheke bemerkt, daß der Vorredner bei seiner Berechnung die Stallung für die zur Escadron gehörenden Pferde vergessen hat. (Beifall.)

Bei dem Titel: Neubau von Kasernen in Kottbus erhebt Abg. Demmler dagegen Einspruch, daß die Gelder für Kasernenbauten ohne Pläne und Kostenanschläge bewilligt werden. Die innere Einrichtung der Kasernen sei sehr verschieden: es fänden sich in denselben Offiziers-Offiziers-Anstalten, Lazarets und auch Cantinen, über deren Einrichtung stets Beschwerde geführt sei, weil sie eine unbedingte Concurrenz machen; denn es sei doch natürlich, daß die Cantineninhaber billigere Preise stellen können, weil sie keine Steuern und Mische zahlen. Der Bau der Kasernen lasse übrigens in familiärer Beziehung Vieles zu wünschen, besonders in Bezug auf die Lüftung; am besten dürfte es sich empfehlen, die Kasernen so zu bauen, daß auf beiden Seiten der Zimmer Fenster sind. Redner kündigt für die dritte Lesung einen Antrag an, die sämtlichen geforderten 33 ersten Raten im Betrage von 3,551,500 M. abzusetzen.

Damit ist das Extraordinarium des Militäretats erledigt.

Der Rest der Sitzung wird mit Wahlprüfungen ausgefüllt. Die Wahl des Abg. Karsten in Kiel beantragt die Commission zu beanstanden und die in dem Protest des Altonaer Arbeiter-Wahlcomités behaupteten Unregelmäßigkeiten bei der Wahl unter gerichtlichen Beweis zu stellen.

Abg. Hasencleber unterstützt diesen Antrag ebenso, wie den Wunsch des Referenten v. Buttlamer-Sorau, die gerichtliche Untersuchung so sehr als möglich zu beschleunigen. Den Abg. Richter (Hagen) weist er in Erwiderung der von letzterem früher aufgestellten Behauptung, daß die socialdemokratische Partei bei den Wahlen einen ungerechtfertigten Terrorismus ausgeübt habe, auf die bei der Wahl des Abg. Karsten vorgekommenen Unregelmäßigkeiten hin, bei der die Polizei aufgeboten worden sei, um die Candidatur der antisocialistischen Partei zu unterstützen.

Abg. Richter erinnert daran, daß er seine frühere Behauptung, bezüglich des von den Socialdemokraten geübten Terrorismus auf die concrete Thatsache gestützt habe, daß das socialdemokratische Wahlcomité in einem Schriftstücke, unterzeichnet Reimers, seinen Parteigenossen verboten habe, bei Cigarrenhändlern, die nicht für sie gestimmt hätten, zu laufen. Dieser Thatsache sei bis heute von keiner Seite widersprochen worden. Sollten von der entgegengesetzten Seite ähnliche Mittel angewendet worden sein, so werde dies Niemand billigen. Jedenfalls werde die Untersuchung festgestellt, in wie weit im vorliegenden Falle die Angaben des Protestes begründet seien. Die Fortschrittspartei habe die Hilfe der Polizei bei den Wahlen nur in Anspruch genommen, um sich gegen die tumultuarien Störungen der Wahlversammlungen durch die Socialdemokraten zu schützen.

Abg. Hasencleber bestreitet, daß derartige Störungen von Socialdemokraten ausgegangen seien. In denjenigen Fällen, wo es zu lärmenden Ausbrüchen in Wahlversammlungen gekommen sei, hätte der Grund stets in der Weigerung des einladenden Comités gelegen, das Bureau frei aus der Versammlung wählen zu lassen, obwohl eine allgemeine Wählerversammlung dieses Recht in Anspruch nehmen dürfe.

Abg. Richter erwidert, daß er sich keineswegs auf allgemeine Wählerversammlungen, sondern auf geschlossene Parteiversammlungen beziehe, die von Socialdemokraten gesprengt worden seien. So sei eine Versammlung des dritten Berliner Wahlkreises, zu der ausschließlich fortschrittliche Wähler eingeladen worden, durch Socialdemokraten gestört und nur dadurch vor der gänzlichen Auflösung bewahrt worden, daß der Vorsitzende des einladenden Comités von seinem Hausrechte Gebrauch machte und die widerrechtlich eingedrungenen Gäste durch die Polizei entfernen ließ. Ein ähnlicher Fall sei in einer nationalliberalen Versammlung vorgekommen, die in der Urania unter dem Vorsitz des Abg. Dernburg tagte, und von Socialdemokraten unter Führung des Herrn Most gestört wurde, obwohl ausdrücklich nur nationalliberale Wähler eingeladen waren. Jedenfalls dürfe man konstatiren, daß alle Schädigungen, die die Vereins- und Versammlungsfreiheit durch die Polizei erfahren habe, weit hinter dem Schaden zurückbleiben, den die Socialdemokratie ihr zugefügt. (Beifall.)

Abg. Hasencleber mißbilligt seinerseits Vorgänge, wie die von dem Vorredner angeführten, erinnert ihn aber daran, daß es die Fortschrittspartei gewesen sei, die im Jahre 1863 in den Versammlungen, in denen Lassalle auftrat, das Beispiel zu einem solchen Verfahren gegeben habe.

Die Debatte wird hiermit geschlossen und der Antrag der Commission angenommen.

Die Wahlen der Abg. Gleim und Pfeiffer werden für gültig erklärt, nachdem die in den Protesten behaupteten Thatsachen durch die gerichtliche Untersuchung sich als unbegründet herausgestellt haben.

Die Wahl des Abg. v. Nathusius-Ludom beantragt die Commission für ungültig zu erklären.

Abg. Marcard erkennt die vielfachen, bei den Wahlhandlungen vorgekommenen Verstöße als genügenden Grund an, um die Ungültigkeit der Wahl zu beschließen, protestirt aber gegen die Angriffe, welche die Commission in ihrem schriftlichen Berichte gegen die Agitation protestantischer Geistlichen von der Kanzel aus gerichtet habe. Unter großer Unruhe des Hauses und häufigen Unterbrechungen durch den Präsidenten verliest der Redner eine große Reihe von Zeitungsartikeln, welche Angriffe gegen protestantische Geistlichen enthalten, wodurch deren Verfahren als berechtigte Abwehr von Angriffen erscheinen soll.

Abg. Graf Udo zu Stolberg erklärt im Namen seiner Partei, daß dieselbe das im Commissionsberichte constatirte Verfahren protestantischer Pastoren entschieden mißbillige. Er gebe diese Erklärung ab, weil es ihm erschienen sei, als ob der Vorredner dieser Mißbilligung nicht entschieden genug Ausdruck gegeben habe.

Referent Laporte führt in seinem Schlußwort aus, daß die politische Agitation der Pastoren auf der Kanzel nicht gebildet werden dürfe, daß sich in den für die Wahl des Herrn von Nathusius erschienenen Pamphleten ein mittelalterliches „Sepp-Sepp-Geschrei“ ausdrücke und daß diese Schamlosigkeit in der Agitation verdränge, vor dem ganzen Lande gemißbilligt zu werden.

Der Antrag der Commission wird angenommen.

Schluß 4½ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Petitionen und Anträge.)

Berlin, 2. April. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Regiments-Hauptmann-Ober-Buchhalter Schaller zu Frankfurt a. O. den Rothen Adler-Orden 4. Klasse; dem Kanzlei-Rath und Bureauvorsteher Borchert bei der Provinzial-Steuerdirection zu Breslau den Königlich-Kronen-Orden 3. Klasse; dem Beigeordneten und Kammerer Matschke zu Guben den Königlich-Kronen-Orden 4. Klasse; sowie dem Schullehrer Oswald zu Weinbach im Oberlandkreise, dem Equipurmeister Schneider bei der Gießerei-Fabrik zu Spandau und dem Nachwächter Struntz beim Cadettenhause zu Wahlstatt das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen. Se. Majestät der König hat den Regiments-Rath Jäger aus Merse-

burg zum Geheimen Finanz-Rath und vortragenden Rath im Finanz-Ministerium ernannt; ferner dem Rechnungsrath Luge in Breslau bei seinem Uebertritt in den Ruhestand den Charakter als Geheimen Rechnungsrath; dem Kreis-Steuereinsammler Beder zu Wölgast; und bei ihrem Uebertritt in den Ruhestand dem Kataster-Controllor, Steuer-Inspector Kömer in Halle a. S., dem Steuer-Inspector Adam Malcomess in Rassel und dem Steuer-Empfänger Schmidt zu Hellenhof im Kreise Schleiden, den Charakter als Rechnungsrath verliehen; sowie bei ihrem Ausscheiden aus dem Dienst dem Provinzial-Steuer-Secretär Brandenburg zu Stettin den Charakter als Rechnungsrath und dem Repetitor z. D. Credé in Rassel den Charakter als Rassel-Rath verliehen.

Der bisherige Consistorial-Secretär Bedmann ist zum expedirenden Secretair, und die bisherigen Hilfskassisten Bohr und Kähler sind zu Rassel-Secretären bei dem Königl. Ober-Verwaltungsgerichte ernannt worden. — Die bei der Oberkassations-Verwaltung angestellten Königl. Eisenbahn-Maschinenmeister Mohr zu Ratibor, Flügel zu Breslau und Red zu Posen sind resp. nach Breslau, Posen und Ratibor versetzt worden.

Berlin, 2. April. [Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] war gestern im Augusta-Hospital anwesend und erschien Abends mit Ihren hohen Gästen auf der Soirée bei Ihren Kaiserlichen und Königl. Hoheiten dem Kronprinzen und der Kronprinzessin. [Se. Kaiserliche und Königl. Hoheit der Kronprinz.] begab sich gestern Nachmittag gegen 3 Uhr mit Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen Wilhelm zur Einholung des 3. Garde-Regiments z. F. nach dem Lehrter Bahnhof. — Abends besuchte Se. Kaiserliche Hoheit die Vorstellung im Schauspielhaus aus Veranlassung des Jubiläums der Hoftheaterin Fr. Friebe-Blumauer. — Um 9 Uhr fand bei Ihren Kaiserlichen und Königl. Hoheiten den Kronprinzlichen Herrschaften eine Soirée statt, zu welcher gegen 250 Einladungen ergangen waren.

Berlin, 2. April. [Bundesrathssitzung.] — Zur Uebernahme des Vice-Präsidiums im Ministerium durch Grafen Stolberg. — Amtsantritt Hobrechts, Maybachs und Eulenburgs. — Angelegte Veränderungen im Handelsministerium. — Eßigsbesteuer-Vorlage. — Handelsvertrag mit Oesterreich. — Reichsverwaltungsamt. — Morgen ist Bundesrathssitzung; zu den verschiedenen Vorlagen gehört u. A. die Denkschrift über die Ausführung der Gesetze, betreffend die Aufnahme von Anleihen 1) für Zwecke der Marine- und Telegraphen-Verwaltung (vom 27. Januar 1875), 2) für Zwecke der Telegraphen-Verwaltung (vom 3. Januar 1876), 3) für Zwecke der Post- und Telegraphen-Verwaltung (vom 3. Januar 1877), 4) für Zwecke der Verwaltungen der Post und Telegraphie, der Marine und des Reichsheeres (vom 10. Mai 1877), 5) zum Bau einer Eisenbahn von Tetergen bis zur Saarbahn bei Bouß und bei Bülkingen (vom 21. Mai 1877) und 6. zur Erwerbung von zwei in Berlin gelegenen Grundstücken für das Reich (vom 25. Mai 1877). Ferner der Nachtrags-Vertrag über die Gotthardbahn und der Entwurf eines Gesetzes wegen Aufnahme einer Anleihe zum Zwecke des Reichsheeres. — Der Zeitpunkt, an welchem Graf Stolberg das Vice-Präsidium des Staatsministeriums formell übernehmen wird, hängt selbstverständlich mit den Rücksichten zusammen auf die zur Zeit schwebenden politischen Verhandlungen, an welchen der Botschafter in Wien Theil zu nehmen hat. Das Entscheidende für die Verurteilung des Grafen Stolberg in den inneren Staatsdienst war, daß für Zeiten der Verhinderung des Fürsten Bismarck eine volle Stellvertretung desselben in allen seinen Stellungen wünschenswerth erschien. Daraus folgt, daß für den Augenblick der tatsächliche Eintritt des Grafen Stolberg eine so unmittelbare Dringlichkeit nicht besteht, um seine Abreise von Wien gerade jetzt zu beschleunigen, da Fürst Bismarck voraussichtlich noch längere Zeit in Berlin verweilen wird. — Der Finanzminister Hobrecht hat nunmehr die Leitung der Geschäfte übernommen, ebenso hat heute im Handelsministerium der Minister Achenbach sich von dem Personal des Ministeriums verabschiedet und seinem Nachfolger die Geschäfte übergeben. Graf Eulenburg trifft morgen von Hannover hier ein und wird übermorgen in einer Plenarsitzung des Ministeriums die Geschäfte von dem stellvertretenden Minister des Innern übernehmen. — Nach der Behauptung eines hiesigen Blattes sollte nach der Ernennung des Herrn Maybach zum Handelsminister im Personalstand der vortragenden Räte des Handelsministeriums eine Veränderung eintreten. Es wird gemeldet, daß nicht nur der Oberberghauptmann Krug von Nidda, sondern auch der Ministerial-Director Weißhaupt aus ihren jetzigen Stellungen scheiden würden. Der Oberberghauptmann Krug von Nidda aber hatte, wie wir aus besserer Quelle erfahren, bereits vor mehreren Jahren ein Abschiedsgesuch eingereicht, dasselbe jedoch auf Wunsch des damaligen Handelsministers zurückgezogen. Das hohe Alter und eine vor nicht langer Zeit überstandene intensive Krankheit haben in Herrn Krug von Nidda den Wunsch, in den Ruhestand zu treten, jetzt aufs Neue erweckt, er hat deshalb auch vor einiger Zeit ein neues Abschiedsgesuch eingereicht, dessen Beweggründe wohl zu würdigen sind, über welches jedoch eine Entscheidung noch nicht getroffen ist. Was den Ministerial-Director Weißhaupt anlangt, so existirt die Abschiedsidee nur in dem Kopfe des betreffenden Correspondenten, da derselbe seinerseits an einen Abschiedsgesuch weder denkt noch zu denken Ursache ist. — Die Vorlage, betreffend die Steuerpflichtigkeit des in Verbindung mit der Fabrication von Kunstseide gewonnenen Eßigs, hat in der Presse mehr Staub aufgewirbelt, als der Gegenstand in der That verdient. Es handelt sich lediglich um die steuerrechtliche Frage, ob der aus Brantwein fabricirte Eßig noch der Brantweinsteuer zu unterwerfen ist. — Wie einige hiesige Blätter melden, soll in Abgeordnetenkreisen die Meinung herrschen, daß der bereits bis Ende Juni verlängerte Handels-Vertrag mit Oesterreich auf ein weiteres halbes Jahr bis Ende des Jahres prolongirt werden dürfte. Zur Vermählung von Trithemern wird es gut sein, darauf hinzuweisen, daß zur Zeit noch gar keine Thatsache vorliegt, welche einen solchen Beschluß in Aussicht stellen könnte. — In verschiedenen Blättern ist die Rede davon, daß demnächst die Reste des Reichskanzleramts zu einem Reichsverwaltungsamt organisirt werden dürften. Allerdings hat Fürst Bismarck im Reichstag eine derartige Andeutung gemacht, man wird sich jedoch für das nächste Staatsjahr daran halten müssen, daß auf der morgenden Sitzung des Bundesraths von einer Ergänzung zum Etat des Reichskanzleramts die Rede ist. Daraus dürfte zu folgern sein, daß für dieses Jahr eine weitere Veränderung ausgeschlossen ist.

[Se. Majestät der Kaiser und Königin] hat auf die zu Allerhöchstem Geburtstag von den hiesigen Stadtverordneten überreichte Glückwunschkarte nachstehende Antwort ertheilt:

Ich danke den Stadtverordneten Meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin freudlich für die zu Meinem Wiegenfeste Mir dargebrachten Glückwünsche. Dieselben haben Mich um so angenehmer berührt, als sie von dem Vertrauen getragen sind, dessen Ich bedarf, um mit glücklichen Erfolge Meinem künftigen Berufe obzuliegen. Mit Ihnen blide Ich ernstlich Auges auf die noch immer andauernden Schwierigkeiten unserer wirtschaftlichen Lage; Ich weiß auch, wie große Opfer insbesondere ein Gemeinwesen wie das der reich wachsenden Stadt Berlin sich auferlegen muß, um den mit der Dauer solcher Verhältnisse sich heftigenden Ansprüchen auf die Hilfe der Gemeinde zu genügen. Ich nehme indeß mit Befriedigung wahr, wie gerade in diesen Zeiten sich der Bürgerinn in der Gemeindevverwaltung bewährt, und Ich weiß die Fürsorge zu würdigen, mit welcher insbesondere auch die Vertreter der Stadt Berlin durch wohlbedachte Veranstaltungen den Einflüssen der wirtschaftlichen Störungen entgegen zu wirken suchen. Sie in diesem Be-

streben durch Mein landesväterliches Wirken zu unterstützen, wird, wie Ich Ihnen gern versichere, wie bisher, so auch in Zukunft eine Mir vorzugsweise am Herzen liegende Aufgabe sein.

Berlin, den 27. März 1878.
An die Stadtverordneten von Berlin.
Darmstadt, 31. März. [Zur neuen Gerichts-Organisation.] Die Regierung hat den Ständen den Plan zur Bildung der Bezirke und Bestimmung der Sitze für die Amtsgerichte beifällig Entgegennahme von Wünschen mitgetheilt. Die Gerichtssitze bleiben unverändert; in der Eintheilung der Bezirke sind mehrfache Aenderungen in Aussicht genommen. Starkenburg mit 370,000 Seelen erhält 18, Oberhessen mit 254,000 Seelen 21 und Rheinhessen mit 260,000 Seelen 11 Amtsgerichte.

Stalien.

Rom, 27. März. [Ueber Cairoli's Programm und die Gegner des neuen Ministeriums] schreibt man der „R. Z.“: Außer Nicotera dürfen wir uns gefaßt halten, nunmehr auch Crispi als Condottiere einer nicht verächtlichen Schaar im Hinterhalte liegen und den Marsch Cairoli's beunruhigen zu sehen. Und wenn die gemäßigste Opposition sich um so freundlicher anstellt und von Nachsicht und Abwarten spricht, so liegt das zwar in ihrer mehr staatsmännischen und parlamentarisch gesuchten Art, weckt aber doch den Verdacht, daß diese zur Schau getragene Rücksicht in geradem Verhältnisse zur Ausichtslosigkeit der neuen Verwaltung steht. Die Linke setzt der Programmede Cairoli's bereits ihr altes Parteiprogramm entgegen: die Aeußerungen über die auswärtige Politik sind ihr zu reservirt, als ob es jetzt der Augenblick gewesen wäre, an die schmachtenden Brüder in Süditalien und in Triest zu erinnern. Für das Steuersystem hatte sie radicale Reformen, nicht leichte Umänderungen verlangt. Dem Zwangsumlauf hätte Cairoli sein nahe Ende vorausverkündigen müssen. Daß die Regierung die norditalienischen Bahnen provisorisch gar in Staatsbetrieb nehmen will, erscheint als ein scholler Ausgang der zweijährigen Bemühungen um Einrichtung einer den Grundsätzen der Partei entsprechenden Betriebsweise, und vollends verschnupfen muß die in „allgemeinen und engherzigen“ Andeutungen gehaltene Ankündigung der Umänderung des Wahlrechts. Mit Crispi im Besonderen hat sich Cairoli direct auf Kriegsfuß gegeben, indem er das Urtheil über die von demselben veranlaßten Veränderungen in der Organisation der Ministerien dem Urtheile der Volksvertretung anheimzugeben erklärte. Kurz, wenn man mit einem Worte eine vielfach verwickelte und zweideutige Lage bezeichnen will, kann man nicht anders sagen, als: das Ministerium sitzt bereits zwischen zwei Stühlen. König Humbert läßt die Herren ruhig ihr Spiel weiterpielen. „Ich muß“, äußerte er dieser Tage, „die Bahnen meines Vaters wandern und die Parteien ihren Weg gehen lassen, bis sie sich selbst von ihrer Unsäglichkeit überzeugen haben.“

Der „R. Z.“ schreibt man über denselben Gegenstand von hier unter dem 26. März Folgendes:

Nachdem Graf Corti gestern hier angekommen und nach kurzem Meinungsaustausch mit Cairoli heute das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten angenommen hat, konnte der neue Ministerpräsident in der heutigen Sitzung der Kammer sein Ministerium vorstellen und in einer kurzen Rede sein politisches und Arbeitsprogramm entwickeln. Ministerium und Programm fanden eine überaus lächle Aufnahme, besonders auf der vorgeschrittenen und äußersten Linken. In der That ist weder das Ministerium als solches, noch das Programm derart, wie man es auf jener Seite von Cairoli erwartet hatte. Damit will ich freilich nicht sagen, daß dies ein politischer Nachtheil sei; vielmehr hoffe ich, daß aus den vielfachen Berührungspunkten des Ministeriums und des Programms Cairoli's mit der Rechten die Möglichkeit einer Umgestaltung der parlamentarischen Parteien beträchtlich näher gerückt sei. Aber die Enttäuschung der Linken ist eben deshalb leicht begreiflich und beweist nur, daß sie die Folgen ihres Widerstandes gegen die von Depretis geschlossenen Eisenbahn-Conditionen nicht voraussehen befähigt war. Cairoli mußte in seinem Programm notwendig die Eisenbahn-Enquete und den provisorischen Betrieb der Oberitalienischen Eisenbahnen durch den Staat in den Vordergrund stellen, und damit seinen Abfall von den Ideen der bisherigen Majorität der Linken und seine Annäherung an die Rechte erklären. Ob nun Cairoli in seinen politischen Ansichten mit der Linken oder mit der Rechten sich in Uebereinstimmung befindet, ist für die parlamentarische Lage durchaus nicht so wesentlich, als seine Uebereinstimmung mit der Rechten in jener Frage, welche vor zwei Jahren die Consorteria stürzte und die Linke zur Regierung brachte. Diese Frage also ist von Cairoli und Zanardelli vorläufig im Sinne der Rechten gelöst, nachdem letztere seiner Zeit durch die „Opinione“ ihre Zustimmung zu der vom „Diritto“ verfochtenen Eisenbahn-Enquete gegeben hatte.

Was die politische Seite seines Programms anlangt, hat Cairoli ausdrücklich erklärt, das Statuto und die Freiheit der Wahlurne auf das Gewissenhafteste zu achten, und seine Loyalität gestattet auch nicht den geringsten Zweifel an dem vollen Ernst seiner Zusage. Von Reformen betonte er jene des Wahlgesetzes, und zwar nicht im Sinne des von ihm ehemals verfochtenen allgemeinen Stimmrechtes, sondern einer „ernstlich befristeten geistigen Capacität“ der Wählerschaft, worunter doch gewiß nicht die bloße Kenntniß des Lesens und Schreibens verstanden werden kann; ferner die Herabsetzung der für die ärmeren Klassen drückenden Steuern — offenbar der Malt- und Salzsteuer — endlich den Ausbau verschiedener als unabweisbar notwendig anerkannter Eisenbahnlinien, beides ohne Störung des mit so vielen Opfern erlangten Gleichgewichtes der Staatseinnahmen und -Ausgaben: ein Problem, von dessen Lösung ich mir bisher keine klare Vorstellung machen kann. Hinsichtlich der Wiederherstellung des Handels- und Ackerbauministeriums und bezüglich der Wiederaufhebung des Schachministers überläßt Cairoli die Entscheidung dem Parlament selbst. Ueber die auswärtige Politik wollte Cairoli keine überflüssigen Erklärungen abgeben. Italien stehe in freundschaftlichen Beziehungen zu allen Mächten und werde, indem es sich vornehme, seine Neutralität zu erhalten, sich vor jeder Gefahr zu bewahren und geachtet zu erhalten wissen, weshalb er die Vollendung seiner Armeeorganisation und die Umgestaltung seiner Flotte für notwendig halte. Ueber die Haltung seines Ministeriums in den kirchenpolitischen Fragen hat Cairoli höchst verständiger Weise am Vorabend des ersten Consistoriums Leo's XIII. kein Wort verloren.

Also: keine Verfassungs-Aenderungen, bescheidene Wahl- und Steuerreform, Neutralität in der Orientfrage. Daraus ergeben sich, daß es nicht Unrecht hatte, als ich sagte, daß ein sogenanntes radikales Ministerium Cairoli weder für Italien noch für Europa eine politische Gefahr bedeute.

[Ueber den neuen Finanzminister] schreibt man der „R. Z.“: Herr Seimitt-Doda ist entschieden die bête noire des Cabinets. Ein geborener Triestiner, ist er im bürgerlichen Leben Director einer Versicherungsgesellschaft. So lange die Linke in der Opposition war, war der Abgeordnete Seimitt-Doda ihr Finanzapostel, der Kritiker aller neuen Steuern, welche die Herren Sella und Minghetti aufzulegen für nöthig fanden, und der Erfinder der unglaublichen finanziellen Utopien. Hörte man ihn reden, so mußte man glauben, daß an allen Leiden Italiens nur die Finanzminister der Rechten schuld seien; käme nur die Linke an die Regierung, so werde bald Milch und Honig im Lande fließen. Die Linke kam an die Regierung und mit ihr Herr Seimitt-Doda als Generalsecretär des Finanzministeriums und als die rechte Hand des Herrn Depretis. Vom 18. März 1876 bis zum November 1877 ist er in dieser Stellung verblieben. Mit den Finanzen ist es nicht besser, sondern schlechter geworden; seine früheren Declamationen hinderten ihn nicht, nunmehr selbst neue Steuern einzuführen, ebenso wenig wie seine demokratischen Gesinnungen ihn abhielten, das ihm untergebene Beamtenpersonal in der ärgsten Weise zu tyrannisiren und zu misshandeln. Als Herr Zanardelli im vorigen Herbst das Portefeuille der öffentlichen Arbeiten niederlegte, hielt auch Herr Seimitt-Doda mit nicht unwürdigem politischen Tact

es für angezeigt, sich ihm anzuschließen und in seiner respectablen Gesellschaft das sinkende Schiff des Ministeriums Depretis zu verlassen. „Mit Euch, Herr Doctor, zu spazieren, ist ehrenvoll und ist Gewinn!“ Jetzt kehrt er als Minister in dasselbe Ministerium zurück, von den Beamten seines Ressorts gepaßt und gefürchtet, von der Rechten des Abgeordnetenhauses gehaßt und verachtet und bei der Linken weder geachtet noch geliebt. Seine Ernennung, zu der, wie es heißt, die Herren Cairoli und Zanardelli sich nur nach sehr langem Sträuben entschlossen haben, ist ein Unglück für das ganze Ministerium Cairoli und dürfte eines Tages für seinen Bestand geradezu verhängnißvoll werden.

Rom, 30. März. [Das Ministerium Cairoli und seine Gegner.] Raum hat das Cabinet Cairoli seine ministerielle Thätigkeit begonnen und schon erhebt sich gegen dasselbe, nicht etwa in den Reihen der parlamentarischen staatsrechtlichen Opposition, sondern in den Reihen seiner früheren Freunde und Parteigenossen ein so heftiger und dabei kleinlicher Krieg gegen dasselbe, daß sich die Erkenntniß immer mehr Bahn bricht, daß mit dieser Kammer jede Regierung unmöglich sei, da nicht patriotische Einsicht, nicht die Rücksicht auf das Wohl des Vaterlandes oder auch nur der eigenen Partei, sondern kleinliche und niedere Leidenschaft und Partei-Interessen die Action der verschiedenen Parteigruppen bedingt. Viel zu viel nichtige Eitelkeiten, viel zu prononcirt Partei- und persönliche Interessen wurden bei dem Ausbruch der ersten Ministerkrise verletzt, viel zu viel sich vordrängende Unbedeutendheiten wurden nicht beachtet, viel zu viele geistige und charakterlose Nullitäten, welche ein Ministerportefeuille anstreben, wurden bei Seite gelassen, als daß sich Herr Cairoli nicht durch die Bildung seines neuen Cabinets zahlreiche und heftige Feinde gemacht hätte, und so stehen wir denn der sonderbaren Thatsache gegenüber, daß während die eigentliche parlamentarische constitutionelle Opposition, das nicht ihren Reihen entnommene Cabinet mit wohlwollender Aufmerksamkeit behandelt, sich seine früheren Freunde gegen dasselbe erheben, ihm die Crispienz so sauer als möglich zu machen suchen. Wahrlich eine Partei, welche, wie die Linke der italienischen Kammer, so traurige Proben ihrer Regierungsfähigkeit oder besser gesagt Regierungsunfähigkeit geliefert, welche in zwei Jahren dieser Regierungsthätigkeit mehr Fehler begangen hat, als die von ihr soviel geschmähte Rechte binnen sechs-jehn Jahren, welche, während die Rechte doch einige große Erfolge, wie die Erwerbung Venetiens und Roms, die Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt, die Anbahnung der herzlichsten Beziehungen zu allen Staaten Europas aufzuweisen und somit das Recht hat, für so viele Erfolge sich einige begangene Sünden vergeben zu lassen, ihrerseits gar keine oder bloß negative Erfolge errungen, keine einzige der von ihr gemachten pomphaften Verheißungen erfüllt hat, welche, in eigenen Fleische wüthend, die ungeheure Majorität, über die sie in Folge der letzten Parlamentswahlen verfügte, in so erbärmlicher Weise verpöhlert hat, eine solche Partei hat nicht mehr das Recht, sich für regierungsfähig zu halten, und kann es Herrn Cairoli wahrlich nicht verübeln, wenn er, von hohem Patriotismus und dem Wunsch, seinem Vaterlande nützlich zu sein, geleitet, bei der Bildung seines Cabinets aus dem Rahmen seiner Partei herausgegriffen und sich mit Männern umgeben hat, deren Charakter, Bildung und Wissen mehr Vertrauen einflößen, als die hohlen Phrasendreschereien gewisser Professoren der Grammatik, welche nicht im Stände sind, zwei Zeilen grammatisch zu schreiben, gewisser hoher Politiker, welche die Welt mit ihren Urtheilsprüdchen beglücken, ohne einen Begriff der einfachsten Elementar-begriffe der Geschichte und der Geographie, die sie in ihren bombastischen Phrasen vollen Ausrufen zum Erbarmen maltrairten. — Immoralitäten so eclatanter Art, Rechtsverhöhnungen der empfindlichsten Natur, Mißregierung und Mißwirtschaft, wie solche unter der Regide der modernen Restauration Italiens allgemein sind, waren früher in Italien kaum dem Namen nach bekannt und es ist daher begreiflich, daß gewissen Leuten die Gänsehaut darüber aufsteigt, daß Herr Cairoli und seine Collegen sich anschicken, diesen Augiasstall, zu reinigen und mit Leuten nicht weiter zusammengehen wollen, deren fatale Unsäglichkeit — um einen gelinden Ausdruck zu gebrauchen — sich bisher in so widriger Weise documentirt hat. Eine Kammer, wie die gegenwärtig in Italien bestehende, hat allen Anspruch auf die Achtung der anständigen Leute verloren und weil eben viele dieser Herren erkennen, daß Herr Cairoli durch einen Appell an das Land und die gesunde öffentliche Meinung hunderte dieser Nullitäten auf ewig in das Dunkel zurückstoßen wird, aus dem sie nie hätten hervorgezogen werden sollen, wüthen sie so gegen Cairoli und sein Cabinet und suchen demselben seine Aufgabe so viel als möglich zu erschweren. — Gleich am ersten Tage der ministeriellen Thätigkeit des Cabinets Cairoli macht sich die feindselige Opposition eines großen Theiles der früheren eigenen Parteigenossen desselben in geradezu widerlicher Weise bemerkbar. Während nämlich das klare, vernünftige und ehrliche Programm, welches Cairoli in seinem und seiner Collegen Namen in klaren und einfachen Worten aufstellt, jetzt von der eigentlichen Opposition, von der von Sella und Minghetti geführten gemäßigten liberalen Partei mit offener Sympathie und Beifall begrüßt wird, fand dasselbe auf der Linken eine äußerst lächle Aufnahme. Freilich war das bescheidene Programm Cairoli's nicht nach dem Wunsche gewisser Phrasendrescher, Weltbeglucker und Verderber, welche es vorgezogen hätten, wenn Cairoli mit pomphaften Verheißungen debattirt hätte, die er nie zu erfüllen im Stände gewesen, wenn er mit hohlen Phrasen um sich geworfen, Eroberungen im Osten und Westen, die Aufspaltung der italienischen Fahne am Nordpol versprochen hätte, aber Herr Cairoli war bescheiden genug, zu versprechen, die Verfassung gewissenhaft zu achten und nach dem Sinne derselben zu regieren, das gute Einvernehmen mit den fremden Mächten zu cultiviren, das Verdict der öffentlichen Meinung, besonders der Wahlen zu respectiren, und dieses war natürlich nicht nach dem Geschmack gewisser Weltbeglucker, welche sich offen im Parlament rühmten, nie eine Abgabe votirt zu haben, welche Italien, um dessen Kraft zu zeigen, täglich in einen heißen Krieg verwickeln möchten, welche die Anwendung gewisser Taschenspielerkünste bei den Wahlen nie verschmäht haben, welche mit einem Worte die ehrliche Bescheidenheit eines Cairoli nicht zu beurtheilen im Stände war. Bei der am zweiten ministeriellen Lebenstage Cairoli's stattgefundenen Wahl des Kammer-Präsidenten trat die Geschäftigkeit eines Theiles der Linken und deren Bemühen, das neu geborene Cabinet womöglich gleich nach seiner Geburt zu ersticken, in noch eclatanterer Weise hervor, und bloß der patriotischen Selbsterleuchtung der Rechten der von Sella und Minghetti geführten constitutionellen Opposition war es zu verdanken, wenn nach kaum und maßsam überwundener Krise nicht sofort eine neue Krise zum Ausbruch kam. Die Regierung hatte nämlich den Deputirten Farini als ihren Candidaten für das Kammerpräsidium aufgestellt, und dieses genügt den Gegnern Cairoli's in der Person des sonst hochachtbaren früheren Unterrichtsministers Copino einen Gegenandidaten aufzustellen und dieser Candidatur sofort offen die Bedeutung eines entschiedenen Mißtrauensvotums für das Cabinet beizulegen. Hätte die Rechte — nicht etwa sich mit diesen Opponenten vereinigt, sondern bloß die von ihr stets beibehaltene Candidatur des Deputirten und langjährigen früheren Kammerpräsidenten Nicotera festgehalten, so

Großbritannien.

Berlin, 2. April. [Börse.] Obgleich Wien anfangs ziemlich feste Course gesandt hatte, eröffnete doch das hiesige Geschäft in einer schwachen Haltung. Die Circulärnote des Lord Salisbury übte insofern einen depressirenden Einfluß, als man zweifelhaft darüber war, wie diese politische Ereigniß zu interpretiren sei. Auch in Bezug auf die Aeußerungen der englischen Journale fehlt es der Börse an einer Deutung, die auf eine allgemeine Anerkennung Anspruch erheben könnte. Diese Unentschiedenheit prägte sich nun im heutigen Verkehre vollständig aus. Die Tendenz war zwar nicht ausgesprochen matt, weniger aber noch darf sie fest genannt werden, obgleich einzelne Papiere sich regerer Nachfrage erfreuten und selbst Courseerhöhungen durchzusetzen vermochten. Im Allgemeinen blieben die Umsätze sehr beschränkt und die Coursebewegung zeigte sich schwach. Die internationalen Speculationspapiere ließen im Ganzen um ein Geringses den gestrigen Schluss-Coursen gegenüber nach. Für Oesterreichische Credit-Actien ist die Coupon-Differenz auf W. 21.60 festgelegt, die aber erst von morgen ab vom Course abgezogen werden, Franzosen gingen nur mäßig um und Lombarden blieben ganz vernachlässigt. Die österr. Nebenbahnen erfreuten sich fast sämtlich guter Nachfrage. Bevorzugt waren in dieser Hinsicht namentlich Kaschau-Dorberger und Elzabethbahn, Galizier behauptet. Eine eher matte Haltung herrschte für die lokalen Speculationseffecten, Disconto-Commandit-Anteile gedrückt, Lauracactien sehr still. Es notirten erstere ult. 110½—11½, letztere ult. 71. Für auswärtige Staatsanleihen entbehrte das Geschäft nicht aller Regsamkeit, österr. und ungarische Rente beliebt, russische Werthe etwas fester bei sehr ruhigen Geschäft, 5% Anleihe per ult. 75½—76—75¼, 1877er Anleihe 75¼—¾ bis ¾, russische Noten per ult. 199—200—199. Preussische und andere deutsche Staatspapiere unberührt still. Eisenbahnprioritäten ruhig. Auf dem Eisenbahnactienmarkte documentirte sich eine ziemlich günstige Tendenz, doch war der Verkehr nur unbedeutend. Anhalter, Halberstädter, Stettiner und Hamburger zogen etwas an. Potsdamer waren zu steigender Notiz lebhaft begehrt. Thür. beliebt. Nipr. Südb. matter. Berlin-Dress. gedrückt. Von Stamm-Prioritäts-Actien Görlitzer, Märk.-Pos. und Spreuss. Südbahn lebhaft. Bankactien verhielten sich sehr still und waren auch nur wenig fest. Deutsche Bank zu höherem Course beliebt, Hannoversche und Posener Landwirthschaftliche Bank zog etwas an, Centralbondencredit steigend, Metropole-Baubank besser, Mecklenburgische Hypothekenbank und Meiningener Bank behauptet, Luxemburger Bank erhöhte die Notiz, Spielhagen steigend. Deutsche Hypothekenbank matt. Coburger Credit- und Preuss. Bodencredit schwächer, Leipziger Creditbank billiger erhältlich. Industrie-Papiere meist geschäftlos. Böhmisch Brauhaus, Livoli und Schultheis beliebt und steigend. Spinn-Broncefabrik besserte die Notiz. Sudenburger Maschinen höher. Löwe steigend. Hibernia besser, Dortmunder und Nebenballe steigend.

Um 2½ Uhr: Matt. Credit 369, Lombarden 113, Franzosen 408, Reichsbank 153, Disconto-Commandit 110,75, Laurabütte 71, Italiener 69,40, Oesterr. Geldrente 59,60, do. Silberrente 53,50, do. Papierrente 49,60, 5proc. Russen, alte 74,90, neue 74,60, Russische Noten 199, Köln-Mindener 93,10, Rheinische 103,10, Bergische 72,10, Rumänen 22,70.

Coupons-Course (nur für Posten). Amerik. Bonds-Cp. 4,165 bez., do. Pap.-Cp. 4,07 bez., Oesterr. Silb.-Rent.-Cp. 176,50 bez., do. Eisen-Cp.

